

abgereist und sein ehemaliges Leiborgan, das „Dresd. Journ.“, meint, er werde im September nach Dresden kommen, wo wahrscheinlich eine — „Minister-Conferenz“ stattfinden würde. Dies ist wohl die absonderlichste Neuigkeit des heutigen Tages, welche Minister und zu welchem Zwecke eigentlich in Dresden conferiren sollen, bleibt zu errathen; denn nach der jetzigen Lage der Dinge gehört ja wohl Sachsen zum norddeutschen Bunde, zu dessen Grundbedingungen und hauptsächlichsten Schwerpunkten gehören soll, daß die Fragen auswärtiger Politik — und um solche kann es sich doch nur bei der vermeintlichen Minister-Zusammenkunft handeln — gemeinsam und soweit man übersehen kann — nicht in Dresden, sondern in Berlin berathen und erledigt werden.

Der „Wiener Debatte“ wird aus Salzburg geschrieben: Es wäre ein unverzeihliches Verkennen der in den maßgebenden Kreisen herrschenden Tendenzen, wenn man glauben wollte, daß die in Salzburg zwischen Oesterreich und Frankreich stattfindenden Besprechungen ihre Spitze gegen irgend eine dritte Macht richten. Dieselben entstammen der aufrichtigsten Friedensliebe, die sich in der entschiedensten Weise darin bekundet, daß man nicht daran denkt, bereits vollendete Thatsachen in Zweifel zu ziehen, sondern dieselben in ihrer ganzen Ausdehnung und Bedeutung aufrichtig acceptirt. Betreffs Preußens gelten dem Kaiser von Frankreich der Prager Friedensvertrag, sowie Preußens Schritte bezüglich der deutschen Zolleinigung als Thatsachen, an denen nicht gerüttelt werden soll und darf. Die Anerkennung der neuen Verhältnisse ist so bedingungslos und frei von Hintergedanken, daß man hofft, Preußen von den friedlichen Intentionen und Zwecken der Salzburger Zusammenkunft bestens überzeugen zu können. Indem die Kabinette von Wien und Paris sich offen und ehrlich auf den Boden der vollendeten Thatsachen stellen, glaubt man französischer Seits dem europäischen Frieden mächtige und wirksame Garantien zu bieten, wenn Oesterreich und Frankreich allen auftauchenden Fragen gegenüber gleiche Ausgangspunkte zur Beurtheilung und Behandlung einnehmen. Das Gerede über ein österreichisch-französisches Schutz- und Trugbündniß ist völlig grundlos. Man strebt in Salzburg nur eine Verständigung an über Gesichtspunkte und Anschauungen und hegt keine andere Absicht und Hoffnung, als durch Einmüthigkeit den Frieden zu sichern.

Der Bundesrath ist am 15. d. M. von dem Bundes-Kanzler Grafen Bismarck eröffnet worden und hat sofort seine Thätigkeit begonnen.

Unter den angekündigten Vorlagen stehen die Verträge wegen Erneuerung des Zollvereins und der Haushalts-Stat des Norddeutschen Bundes oben an. Daran schließen sich Gesetz-Entwürfe über die amtlichen Befugnisse der Bundes-Konsulate, über die Befugnisse fremder Konsulu innerhalb des Bundesgebietes, über die Nationalität der Seeschiffe, über

eine Maaß- und Gewichts-Ordnung für die Länder des Norddeutschen Bundes, über das Postwesen des Bundes, über einen gleichmäßigen Porto-Tarif für die Bundesländer, über Freizügigkeit und über Aufhebung des Passzwanges im Gebiet des Norddeutschen Bundes.

Die Verträge wegen Erneuerung des Zollvereins und der Bundeshaushalts-Stat sind bereits zur Vorlage an den Bundesrath gelangt.

Nach Artikel 8 der Bundesverfassung sind aus der Mitte des Bundesraths sieben dauernde Ausschüsse zu bilden, nämlich: 1) für das Landheer und die Festungen; 2) für das Seewesen; 3) für Zoll- und Steuerwesen; 4) für Handel und Verkehr; 5) für Eisenbahnen, Post und Telegraphen; 6) für Justizwesen und 7) für Rechnungswesen. Die Verfassung bestimmt, daß in jedem dieser Ausschüsse außer dem Präsidium mindestens zwei Bundesstaaten vertreten sein sollen, und daß in den Ausschüssen jeder Staat nur eine Stimme führt. Die Mitglieder der beiden ersten Ausschüsse für das Landheer und für das Seewesen werden, nach Vorschrift der Verfassung, vom Bundes-Feldherrn ernannt; die der übrigen Ausschüsse vom Bundesrath gewählt.

Die Ernennungen zu den beiden Ausschüssen für das Landheer und für das Seewesen sind vom Bundes-Präsidium vollzogen und die Wahlen für die übrigen Ausschüsse sind vom Bundesrath getroffen worden.

Es heißt, der Reichstag solle nur sechs Wochen versammelt sein. Der Landtag soll im November zusammentreten; im October würden die Wahlen in den annektirten Provinzen stattfinden.

Bis jetzt sind nicht weniger als 79 Landräthe als Kandidaten für den norddeutschen Reichstag aufgetreten. Die Regierung heißt das ausdrücklich gut; nach einem Briefe des Grafen Bismarck muß die landrätliche Stellung einstweilen gegen die Vertretung des Kreises im Reichstage in den Hintergrund treten.

Der „Staats-Anzeiger“ vom 21. d. M. publizirt einen Erlaß vom 5. August 1867 — betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. März 1867 zur Vermehrung des Betriebsmaterials, Herstellung doppelter Bahngeleise und nothwendiger Ergänzungsanlagen der Staatsbahnen, Verlegung der Verbindungsbahnen zu Berlin und zu Breslau und Herstellung einer Eisenbahn von Dittersbach nach Altwasser und von Saarbrücken nach Saargemünd bis zur Höhe der veranschlagten Summe von 24 Millionen Thaler aufzunehmende Staats-Anleihe.

### Öertliches.

Der Schulamts-Candidat Paul Oder aus Lauban ist als Adjuvant nach Hengersdorf bei Lauban berufen worden.

Bei dem am 26. d. abgehaltenen Viehmarkte waren aufgetrieben: 53 Pferde, 34 Ochsen, 300 Kühe, 39 Stück Jungvieh, 72 große, 26 mittlere und 147 kleine Schweine.